

in der Rheinischen Kirche

Ökumenische Versammlung

Oben: Aus einer Dokumentation der Rheinischen Kirche

Henning von Löwis of Menar

KIRCHENSTEUERN FÜR GUERILLAKÄMPFER?

Die Namibia-Kontroverse in der Evangelischen Kirche

EINE DOKUMENTATION

Sonderdruck aus „Beiträge zur Konfliktforschung"
15. Jahrgang, Heft 3/1985,
Herausgegeben von der Markus-Verlagsgesellschaft mbH.,
Köln 1985

HENNING VON LÖWIS OF MENAR **

Kirchensteuern für Guerillakämpfer?

Die Namibia-Kontroverse in der Evangelischen Kirche — Eine Dokumentation

> **Es erscheint unfaßbar, daß Menschen in Deutschland Geld sammeln für prosowjetische Kräfte in Namibia — ist doch die Berliner Mauer ein sehr anschauliches Beispiel dafür, was einem Lande widerfährt, das unter sowjetischen Einfluß gerät. — *Katuutire Kaura*, Außenpolitischer Sprecher der Demokratischen Turnhallen-Allianz (DTA)**

Ein „Land voll Sand" am Ende der Welt erregt die evangelischen Christen im Rheinland: Namibia, das ehemalige Deutsch-Südwestafrika. In vielen Gemeinden macht sich Unmut breit über das Engagement „progressiver" Pfarrer, die einen Werbe- und Spendenfeldzug für die namibische Guerillaorganisation SWAPO gestartet haben.

Die Pfarrer sprechen von der Pflicht zum „Antirassismus", um gutgläubige Gemeindemitglieder für ihre Zwecke zu mobilisieren. Durch Verbreitung gezielter Desinformationen und Unterschlagung von Fakten wirken sie bewußt auf eine Verharmlosung der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) hin. Die SWAPO wird als genuine Befreiungsbewegung hingestellt, die gegen den Rassismus und für ein freies, unabhängiges Namibia kämpfe.

Daß es sich bei der SWAPO um eine Organisation handelt, die sich zum „wissenschaftlichen Sozialismus", das heißt zum Marxismus-Leninismus, bekennt und die fest eingebunden ist in das von Moskau koordinierte und dirigierte „sozialistische Weltsystem", verschweigen die Pfarrer. Verschwiegen — oder sogar gerechtfertigt — werden Terror, Gewalt und Einschüchterung, wie sie die SWAPO zur Erreichung ihrer Ziele praktiziert.

Bei ihrem Engagement für die namibische Guerillaorganisation berufen sich die SWAPO-Sympathisanten in den Reihen der Evangelischen Kirche im Rheinland auf die Politik der Kirchenleitung.

*** Dr. Henning von *Löwis of Menar*, geboren 1948 in Freiburg/Elbe, Fachjournalist für internationale Beziehungen, Mitarbeiter von Deutschlandfunk und Deutscher Welle, Korrespondent des Südwestafrikanischen Rundfunks in Bonn, Lehrbeauftragter an der Universität Köln. Er promovierte zum Dr. phil. mit einer Studie über die Außenpolitik Portugals 1945-1974. Für das Handbuch der deutschen Außenpolitik (Hrsg. Hans-Peter Schwarz) schrieb er Beiträge über die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den iberischen Staaten, die deutschen Interessen im südlichen Afrika und die Rolle des Rundfunks im Ost-West-Konflikt. Er wirkte mit an der von Werner Höfer herausgegebenen Reihe „Schlagworte wörtlich — Aktuelle Bürgerkunde" und veröffentlichte 1983 das Buch „Namibia im Ost-West-Konflikt".**

„Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus“

1982 war von der Rheinischen Landessynode beschlossen worden, einen Fonds zur Unterstützung des Rates der Kirchen in Namibia (CCN) einzurichten, „um denen zu helfen, die am schwersten unter der jetzigen politischen und sozialen Lage Namibias leiden“.[1] Es wurden 300 000 DM bereitgestellt. Die Kirchenfunktionäre des CCN in Windhuk weigerten sich jedoch, das Geld in Empfang zu nehmen. Sie forderten, Zuwendungen für Namibia ausschließlich über den sogenannten „Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus“ des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) zu leiten. Dieses Ansinnen lehnte die Evangelische Kirche im Rheinland ab. Auf der Landessynode in Bad Neuenahr im Januar 1984 wurde der Namibia-Fonds eingefroren. Gleichzeitig faßte die Landessynode den Beschluß, es Kirchengemeinden — zunächst probeweise für ein Jahr — zu ermöglichen, sich unter bestimmten Voraussetzungen auch mit Kirchensteuermitteln an Beiträgen für den Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus zu beteiligen.[2]

Den Löwenanteil aus dem Sonderfonds erhält seit Jahren die SWAPO: 1981 US-Dollar 125 000. Für den Ökumenischen Rat der Kirchen zählt die SWAPO zu den „rassistisch unterdrückten Gruppen“. Laut ÖRK verfolgt sie ausgesprochen lautere Ziele:

> Das Ziel der SWAPO ist die völlige Befreiung Namibias von der illegalen Besetzung durch Südafrika; in diesem Sinne bemüht sie sich um die Vereinigung aller Menschen in Namibia zu einer homogenen, repräsentativen, nationalen, politischen Gemeinschaft. Ihre Aktivitäten lassen sich in zwei Kategorien unterteilen: 1. politische und administrative Arbeit innerhalb des Landes und 2. Informations- und Aufklärungsarbeit außerhalb des Landes, die zum großen Teil darauf hinzielt, Südafrikas Propaganda zu widerlegen. Die Vereinten Nationen und die Organisation für die Einheit Afrikas erkennen die SWAPO auch weiterhin als die einzige Vertretung des namibischen Volkes an.[3]

Zutreffend ist bei dieser Charakterisierung allein der letzte Satz — alles andere muß als Schönfärberei und Vernebelung der Wirklichkeit angesehen werden. Bezeichnend erscheint, daß von Gewaltanwendung und Krieg mit keinem Wort die Rede ist. Unerwähnt bleibt die Tatsache, daß die SWAPO-Führung beschloß, „80 -85 Prozent aller bei der Organisation eingehenden materiellen und finanziellen Mittel für den bewaffneten Kampf zur Verfügung zu stellen“, wie Politbüromitglied Moses Garoeb 1981 hervorhob.[4]

Unzählige Male hat SWAPO-Präsident Sam Nujoma unmißverständlich erklärt:

> Wir sind überzeugt, daß der einzige erfolgversprechende Weg darin besteht, entweder den Gegner zu zwingen, die Macht an das namibische Volk zu übergeben oder ihm auf dem Schlachtfeld eine Niederlage zu bereiten.[5]

So wie es der Ökumenische Rat der Kirchen tunlichst vermeidet, die SWAPO und die anderen durch den Sonderfonds geförderten Organisationen allzu

genau unter die Lupe zu nehmen, so hält es auch die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland nicht für nötig, den Kirchenmitgliedern reinen Wein einzuschenken in puncto „Befreiungsbewegungen“.

Aufruf der Evangelischen Kirche im Rheinland

Ein schlagendes Beispiel dafür ist der „Aufruf zur Beteiligung am ökumenischen Programm zur Bekämpfung des Rassismus“, der am 2. Juli 1984 veröffentlicht wurde (siehe Dokument). Der Aufruf enthält „Fragen und Antworten zum Rassismus und zu seiner Bekämpfung“.

Unter Berufung auf die Meinung „nichtweißer Christen“ versucht die Kirchenleitung, Verständnis für die Anwendung von Gewalt zu wecken:

> Südafrikanische Schwarze haben sich jahrzehntelang erfolglos *gewaltfrei* gewehrt. Vor einigen Jahren sind deshalb einige (nicht etwa alle!) Befreiungsbewegungen dazu übergegangen, sich auch mit politischer und militärischer Gewalt gegen Unrecht zu wehren. Die Kirchen der Schwarzen in Südafrika heißen diese Gewaltanwendung nicht gut. Aber sie bitten um Verständnis für die Verzweiflung ihrer Glieder, auch derer, die sich Befreiungsbewegungen angeschlossen oder als Flüchtlinge bei ihnen Schutz gesucht haben. Für sie ist es ein wichtiges Zeichen der Hoffnung, daß der Ökumenische Rat der Kirchen auch Befreiungsbewegungen unterstützt.[6]

Befürchtungen, daß die „Befreiungsbewegungen“ die ihnen vom ÖRK zur Verfügung gestellten Mittel eventuell für Waffenkäufe verwenden könnten, werden von der Hand gewiesen:

> Es ist bisher kein einziger Fall bekannt, in dem Empfänger die Mittel nicht antragsgemäß verwendet, zum Beispiel dafür Waffen gekauft hätten. Die Empfänger erkennen das Vertrauen an, indem der Ökumenische Rat ganz bewußt auf eine Kontrolle der Verwendung verzichtet hat. Sie verstehen diesen ungewöhnlichen Verzicht als Zeichen des Respekts vor der Mündigkeit Schwarzer.[7]

Ebenso leicht macht man es sich, was die Beurteilung des politisch-ideologischen Standorts der „Befreiungsbewegungen“ betrifft:

> Praktisch alle südafrikanischen Befreiungsbewegungen haben zunächst Unterstützung in Westeuropa und Nordamerika gesucht. Aber diese Länder haben die Unterstützung verweigert. So haben dann Kuba und verschiedene Staaten des Warschauer Pakts nur zu gern Soldaten, Sicherheitsberater und anderes Personal in afrikanische Staaten entsandt. Sie versuchen die Befreiungsbewegungen marxistisch zu beeinflussen. Diese ideologische Ausrichtung steht für die Schwarzen Südafrikas nicht im Vordergrund.[8]

Eine solche Argumentation ist Wasser auf die Mühlen jener Kräfte, die den Kampf der „Befreiungsbewegungen“ unterstützen, wie beispielsweise Bertold

Klappert, Professor an der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Klappert bemerkt mit Genugtuung, daß die Evangelische Kirche im Rheinland sich von „Diffamierungen" distanziert habe, „wie sie erfolgen, wenn man die SWAPO eine marxistische Befreiungsbewegung nennt".[9]

Diffamierungen? – Demnach wäre es eine Diffamierung, aus dem SWAPO-Programm zu zitieren, wo schwarz auf weiß zu lesen steht, daß es Ziel der SWAPO ist, „das gesamte namibische Volk, vor allem die Arbeiterklasse, die Bauernschaft und die fortschrittliche Intelligenz in einer Partei zusammenzuschließen, die als Vorhut in der Lage ist, die nationale Unabhängigkeit und den Aufbau einer klassenlosen Gesellschaft ohne Ausbeutung zu sichern, die auf den Grundsätzen und Idealen des wissenschaftlichen Sozialismus basiert".[10]

Die Lektüre dieses Texts läßt nur einen Schluß zu. Der Afrika-Wissenschaftler Franz Ansprenger:

> Das ist der Einpartei-Anspruch. Das ist der Anspruch, im sozialistischen Lager als enger Bundesgenosse anerkannt zu werden, als eine revolutionäre Avantgarde-Partei, die nur eine Stufe unter der höchsten Weihe verharrt: der sowjetischen Anerkennung als Kommunistische Partei, womit zugleich einer solchen Partei der Machtbesitz durch die Sowjetunion garantiert würde. Der Text des Programms enthält nichts, was diese beiden fundamentalen Ansprüche stören könnte.[11]

Bezugspunkt Moskau

Auf dem X. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) 1981 in Berlin apostrophierte Peter Mueshihange, Mitglied des Politbüros und Sekretär für Internationale Verbindungen des ZK der SWAPO, den Marxismus-Leninismus als „die einzig wirklich befreiende Lehre und eine ständige Quelle für das Glück der Menschheit".[12] Nach Ansicht von SWAPO-Präsident Sam Nujoma haben „der epochale Triumph der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution und die Bildung des ersten sozialistischen Staates in der Welt" eine neue Etappe in der Geschichte der Menschheit eingeleitet.[13]

Als ihren Lehrmeister betrachtet die SWAPO neben Karl Marx vor allem Wladimir Iljitsch Lenin, dessen Geburtstag alljährlich in den SWAPO-Lagern in der Volksrepublik Angola gefeiert wird.

Der eindeutigen ideologischen Orientierung der SWAPO entspricht eine klare Standortbestimmung im internationalen System. Wichtigster weltpolitischer Bezugspunkt ist Moskau. Zwischen SWAPO und UdSSR bestehen „revolutionäre kameradschaftliche Beziehungen", so Politbüromitglied Moses Garoeb.[14] Auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU 1981 in Moskau rühmte Sam Nujoma „die Freundschaft zwischen der KPdSU und der SWAPO, zwischen dem revolutionären Sowjetvolk und dem kämpfenden Volk von Namibia". Wörtlich äußerte Nujoma:

> Für die kolonialen, unterdrückten und ausgebeuteten Völker waren und bleiben die KPdSU und das Sowjetvolk stets der natürliche politische und ideologische Verbündete, der treue Freund, die zuverlässige Stütze und die Quelle der Inspiration.[15]

Ähnlich formulierte es Moses Garoeb 1980 in Ost-Berlin:

> Die Sowjetunion verkörpert heute das Bollwerk des gesellschaftlichen Fortschritts in der Welt, ohne das jeder nationale Befreiungskampf durch die rücksichtslose Brutalität des Imperialismus im Keime erstickt würde.[16]

Aus sowjetischer Sicht gehörte die SWAPO bereits Anfang der siebziger Jahre zu jenen „revolutionär-demokratischen" Parteien Afrikas, die enge Kontakte zur Sowjetunion unterhielten. Man stellte sie auf eine Stufe mit dem Afrikanischen Nationalkongreß von Südafrika (ANC), der Afrikanischen Volksunion von Simbabwe (ZAPU) sowie den im lusophonen Afrika operierenden Guerillabewegungen MPLA, FRELIMO und PAIGC.[17]

Mit dem Beginn des bewaffneten Kampfes durch die SWAPO am 26. August 1966 wurde Namibia aus Moskauer Perspektive „Teil der gemeinsamen nationalen Befreiungsfront im südlichen Afrika".[18] Die Sowjetunion bekräftigte wiederholt ihre Bereitschaft, „dem kämpfenden Volk Namibias" – und damit der SWAPO – „umfassende Unterstützung zu gewähren".[19]

Im Rahmen der abgestimmten Außenpolitik des sowjetischen Machtbereichs kümmern sich zwei Staaten in besonderem Maße um die Beziehungspflege zur SWAPO: die Republik Kuba und die Deutsche Demokratische Republik.

Nach Kuba – von Nujoma als „revolutionäres Beispiel" gepriesen[20] – entsandte die SWAPO 1 100 Kinder und Jugendliche, die dort eine Schulausbildung erhalten.[21]

In der DDR wurden etwa 20 „Namibia-Stützpunkte" eingerichtet, in denen nach Angaben der SWAPO 1 000 SWAPO-Kader geschult werden.[22] Die SWAPO unterhält in Ost-Berlin eine beim Solidaritätskomitee der DDR akkreditierte Vertretung, für deren Kosten die DDR voll aufkommt.[23]

Die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Südwestafrikanischen Volksorganisation von Namibia gestalten sich so eng, daß sie nach Einschätzung von DDR-Afrika-Wissenschaftlern den Charakter eines „Bündnisses" aufweisen.[24]

Aus der festen Einbindung der SWAPO in das sozialistische Weltsystem resultiert eine ausgeprägte antiwestliche Frontstellung. „Der Imperialismus – das ist ein abscheuliches Ungeheuer, dem der giftige Stachel entfernt werden muß", erklärte Sam Nujoma auf dem XXVI. Parteitag der KPdSU.[25] Besonders vehement attackiert die SWAPO die westliche Führungsmacht – die Vereinigten Staaten von Amerika. Sie solidarisiert sich mit allen jenen Kräften in der Welt, die gegen den „US-Imperialismus" kämpfen, so beispielsweise mit dem ANC, der PLO, der POLISARIO und der Befreiungsfront „Farabundo Marti" in El Salvador.[26]

Sowjetische Expansionsbestrebungen und die Existenz eines östlichen Imperialismus werden von der SWAPO geleugnet. Kritik am Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan bezeichnete SWAPO-Präsident Nujoma als „antisowjetische Hysterie". Nujoma sprach von der „internationalen Hilfe der UdSSR für Afghanistan".[27]

Anhand zahlloser Aussagen und Dokumente läßt sich belegen, daß sich die SWAPO im globalen Wettkampf der Systeme auf die Seite der östlichen Super-

macht Sowjetunion gestellt hat, daß sie in der weltpolitischen Arena objektiv als Speerspitze Moskaus in Erscheinung tritt.

„Revolutionärer Volkskrieg"

Die SWAPO definiert den von ihr geführten Kampf als „revolutionären Volkskrieg". Als Ziel dieses Krieges werden die Beendigung der „illegalen" Herrschaft Südafrikas angesehen und zugleich die Beendigung der „kapitalistischen Ausbeutung" und die Schaffung einer „klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft".[28]

Die führende Rolle beim Aufbau eines unabhängigen Namibia soll die „schwarze Arbeiterklasse" spielen. Ihre Aufgabe wird es sein, dafür Sorge zu tragen, daß die nationalen Ressourcen und die Produktionsmittel in Volkseigentum überführt werden, daß den „Hauptagenten des Imperialismus", den „großen kapitalistischen Konzernen" das Handwerk gelegt wird.[29]

Der SWAPO geht es nicht um eine Reform der Verhältnisse in Namibia, sondern um eine Revolution. Die bestehende Gesellschaftsordnung soll nicht reformiert, sondern durch ein sozialistisches System ersetzt werden. „Wir glauben, daß nur auf dem Weg über eine gewaltsame Revolution ein wirklich sozialistischer Staat in Namibia geschaffen werden kann", äußerte Sam Nujoma 1977.[30]

An dieser Zielsetzung hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Ein sozialistisches von der SWAPO geführtes Namibia wäre aller Voraussicht nach kein friedliches Namibia. „Ist Namibia erst einmal befreit, wird es eine direkte Bedrohung für das Rassistenregime in Pretoria darstellen", verhieß Nujoma bereits 1976.[31] In der Dekade, die seitdem verstrichen ist, sind SWAPO und ANC unter der Ägide Moskaus immer näher aneinandergerückt. Aus der Sicht der SWAPO ist ihr Kampf eng verknüpft mit „dem revolutionären Sturz des verhaßten Apartheid-Regimes in Südafrika".[32]

Ein SWAPO-Staat Namibia würde als revolutionärer Herd im Süden Afrikas zum Refugium für jene Kräfte werden, die sich vorgenommen haben, den Sozialismus sowjetischer Prägung bis zum Kap der Guten Hoffnung zu tragen. Die SWAPO verpflichtete sich, dabei Hilfestellung zu leisten.

Ein SWAPO-Staat Namibia – gestützt auf Tausende in kommunistischen Ländern geschulte Kader und ein Heer von Beratern aus „Bruderstaaten" – wäre ein Vorposten des östlichen Machtbereichs in der südlichen Hemisphäre. Und er wäre vermutlich ein Hort der Unfreiheit.

Tulinane Obed Emvula, Leiter der SWAPO-Vertretung in der DDR, formulierte in aller Deutlichkeit, was der SWAPO vorschwebt:

> Unser Ziel ist eine volksdemokratische, antiklerikale Regierung in Namibia, gestützt auf den Willen und die Teilnahme der Bürger. Wir werden neue Bedingungen für die Produktion und progressive Produktionsverhältnisse schaffen, um eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen zu errichten.[33]

Vielerorts auf der Welt, wo ähnliche politische Ziele verwirklicht werden sollten, waren Gewalt, Unterdrückung und Armut die Folge. Im Falle von Namibia wäre das voraussichtlich nicht anders.

Vor solchen Fakten verschließen die kirchlichen Amtsträger, die sich für die SWAPO stark machen, die Augen. Wie sollten sie auch guten Gewissens evangelischen Christen in Deutschland die Unterstützung einer Organisation empfehlen, die sich zum Ziel gesetzt hat, ein antiklerikales Regime zu errichten? Wie der Teufel das Weihwasser, so fürchten die „progressiven" Pfarrer die Wahrheit über die SWAPO.

In Bad Boll und anderswo

Auf einer Namibia-Tagung der Evangelischen Akademie Bad Boll im Februar 1985 unterband man kurzerhand die Verbreitung nicht-SWAPO-konformer Informationsschriften. Die Anwesenheit des Bonner Korrespondenten des Südwestafrikanischen Rundfunks empfand man als Bedrohung. Kritische Stimmen waren nicht erwünscht in Bad Boll, eine kritische Berichterstattung schon gar nicht.

Nur allzu bereitwillig stellten sich die Verantwortlichen in Bad Boll – wie schon in früheren Jahren – in den Dienst der SWAPO (siehe Dokument). Im Anschluß an einen Solidaritätsgottesdienst wurden Visitenkarten mit Anschrift und Kontonummer der Bonner SWAPO-Vertretung verteilt.

Bad Boll ist längst keine Ausnahme mehr. Im März 1985 standen in der Evangelischen Akademie Iserlohn Kampflieder der SWAPO auf dem Programm – Begleitmusik zu einer Tagung über Auswirkungen von Kolonialismus und Mission auf die Gegenwart. „Zum Beispiel Namibia", lautete das Thema der Tagung. Dafür, daß ein Zerrbild Namibias präsentiert wurde, sorgte der Veranstalter Hand in Hand mit der SWAPO.

Einen namhaften Repräsentanten der demokratischen Kräfte Namibias – den früheren SWANU-Präsidenten Jariretundu Kozonguizi – hatte die Evangelische Akademie Iserlohn kurzfristig wieder ausgeladen, weil es der Bonner SWAPO-Vertreter so wollte. Mit anderen Worten: Die Evangelische Akademie Iserlohn ließ sich von der SWAPO erpressen.

Ein Pfarrer, der an der Tagung in Iserlohn teilnahm, nannte das einen skandalösen Vorgang, der mit den Grundsätzen christlicher Akademiearbeit in der Bundesrepublik Deutschland nicht zu vereinbaren sei (siehe Dokument). Der Pfarrer übte zugleich Kritik daran, daß die SWAPO-Vertreter ganz offen ihre Ideologie über die Bedürfnisse der in Namibia lebenden schwarzen Menschen gestellt hätten.

Diese Einschätzung trifft den Kern des Problems. Der SWAPO und ihren Sympathisanten in Kirchenkreisen geht es weniger um die Menschen in Namibia und um die Befreiung Namibias, als vielmehr um die Durchsetzung des Alleinvertretungsanspruchs der SWAPO. Läge den „progressiven" Pfarrern wirklich das Schicksal der Namibier am Herzen, so müßten sie die Gewaltakte der SWAPO nachdrücklich verurteilen.

Opfer der von der SWAPO gelegten Minen und Bomben sind in erster Linie schwarze Bürger Namibias und nur zu einem geringen Prozentsatz südafrikanische Soldaten. Allein im letzten Jahr kamen durch Landminen 39 Zivilisten ums Leben. 41 Namibier wurden 1984 von SWAPO-Kämpfern ermordet.

Es ist unbestreitbar und unbestritten, daß es auch zu Übergriffen von Armeeangehörigen gegen die Zivilbevölkerung kommt. Verstöße dieser Art, die bekannt werden, haben in der Regel ein gerichtliches Nachspiel. In 52 bisher durchgeführten Gerichtsverfahren wurden zum Teil hohe Gefängnisstrafen verhängt. 18 Verfahren waren Ende 1984 noch anhängig.[34]

Während Übergriffe von Armeeangehörigen verfolgt und geahndet werden, ist die SWAPO auf ihre Gewaltakte gegen die Zivilbevölkerung auch noch stolz. So übernahm die SWAPO die Verantwortung für einen Bombenanschlag im Postamt von Ondangwa, bei dem am 31. Dezember 1984 vier schwarze Namibier den Tod fanden, darunter Rusa Imbili, die sechzehnjährige Tochter des DTA-Politikers Tara Imbili.[35] Auf einer Pressekonferenz in Tunis kommentierte SWAPO-Präsident Sam Nujoma den Bombenanschlag mit den Worten: „Dies ist Teil unseres Kampfes um die Unabhängigkeit."[36]

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf, werden die Terrorakte der SWAPO von den Befreiungs-Theologen schlicht totgeschwiegen. So behauptet ein Pastor aus Wuppertal kategorisch: „Der Terror in Namibia wird nicht von der SWAPO ausgeübt, sondern von den Besatzungstruppen Südafrikas." (Siehe Dokument).

Damit niemand etwa auf die Idee käme, an dem von der SWAPO verbreiteten Schwarz-Weiß-Bild der Situation in Namibia Korrekturen vorzunehmen, weigerte sich ein Pfarrer aus Winningen/Mosel, ein an das Presbyterium gerichtetes Schreiben des Namibia Information Office in Bonn weiterzuleiten (siehe Dokument). Der FDP-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Rumpf, Mitglied der EKD-Kammer, nahm diesen Umstand zum Anlaß, sich bei Pfarrern zu erkundigen, ob sie ihre Kirchenvorstände ausreichend über die Situation in Namibia informierten (siehe Dokument). Den Pfarrer aus Winningen/Mosel ermahnte Rumpf:

> Auch wenn Sie sich mit dem Inhalt nicht einverstanden erklären, müssen Sie die Mitglieder des Presbyteriums voll informieren. Eine Zensur findet in unserem Lande nicht statt. Die Lage in SWA/Namibia und die politischen Verhältnisse und Zusammenhänge sind so kompliziert, daß Sie unter keinen Umständen einseitig informieren dürfen.[37]

Es erscheint zweifelhaft, ob die Parteigänger der SWAPO in der Evangelischen Kirche lernfähig beziehungsweise lernwillig sind. Sie wollen nicht wahrhaben, daß es heute in Namibia nicht eine, sondern zahlreiche politische Parteien gibt, die sich trotz zum Teil gravierender Unterschiede einig sind in dem Bestreben, so bald als möglich die südafrikanische Vorherrschaft und Vormundschaft über Namibia zu beenden. Die Mehrzahl dieser Parteien beteiligte sich am langen und zähen Ringen, das schließlich im Juni 1985 zur Bildung einer Übergangsregierung führte.[38]

Die einzige namibische Partei, die nach wie vor auf die Karte der Gewalt setzt, ist die SWAPO. Für die SWAPO – und ihre Gefolgschaft im Ausland – blieb die Zeit in Namibia stehen. Man zeichnet ein Namibia-Bild aus der Mottenkiste der Geschichte, geht zurück bis ins Kaiserreich, um Schuldgefühle zu stimulieren und dienstbar zu machen, damit nicht nur der Rubel, sondern auch die D-Mark in die Kassen der SWAPO rollt. Unter dem kirchlichen Motto „Rassismus ist Sünde", wird alles auf den Nenner der „Apartheid" gebracht.

Namibia ist nicht Südafrika

Wer weiß schon in Deutschland, daß jeder Bürger Namibias heute seinen Wohnort ebenso frei wählen kann wie den Partner, mit dem er zusammenleben möchte – und zwar unabhängig von der Hautfarbe? Wer ist informiert darüber, daß jeder vierte Namibier derzeit eine Schule besucht – insgesamt 320 000 Bürger, und daß von 1 090 Schulen 1 024 Angehörigen aller Rassen offenstehen?

Für Namibia hat sich – im Gegensatz zu Südafrika – das Problem der Apartheid längst darauf reduziert, die Rest-Apartheid zu beseitigen – vor allen in den Köpfen der Menschen, was am schwierigsten ist.

Die SWAPO will den Wandel nicht zur Kenntnis nehmen, weil er ihr nicht ins Konzept paßt. Darum deklariert sie Namibia zur „Hölle für Afrikaner" und zum „Himmel für Weiße", wie es Sam Nujoma kürzlich in einem Presseinterview tat.[39]

Und nicht wenige gehen der SWAPO-Propaganda auf den Leim – manche vertrauensselig, gutgläubig, von Nächstenliebe für den leidenden „schwarzen Bruder" beseelt. „Denn sie wissen nicht, was sie tun", mag man ihr Verhalten entschuldigen. Gefährlich sind die anderen, die ideologischen Weltverbesserer, die revolutionäre Ziele mit frommen Sprüchen kaschieren, die es bewußt darauf anlegen, gutwillige Christen für dumm zu verkaufen – Christen in Europa und in Afrika.

Kirchliche Amtsträger in Europa haben schwere Schuld auf sich geladen, indem sie maßgeblich dazu beitrugen, afrikanische Kirchen auf politische Irrwege zu dirigieren. Ernst Volk, Superintendent in Mülheim/Mosel, verweist auf die fatalen Folgen dieser Entwicklung:

> Die SWAPO hat durch ihren Führer und Sprecher ausdrücklich angekündigt, daß sie in Südwest-Afrika einen marxistischen Einparteienstaat errichten wolle. Dennoch erklären Vertreter südwest-afrikanischer Kirchen, sie hätten sich überzeugt, „daß der Kampf der SWAPO ein Kampf für Gerechtigkeit und Frieden, ein Kampf für die Freiheit ihres Landes ist" (so auf der Rheinischen Landessynode 1982, Protokoll, S. 91). Dieser Eindruck und diese Überzeugung konnten nur entstehen, weil die Vertreter christlicher Kirchen im südlichen Afrika unter dem Einfluß der durch die Resolutionen des ÖRK entstandenen Sprachverwirrung stehen, die theologischen Begriffe verpolitisiert und politische Ziele mit christlichen Heilserwartungen befrachtet haben.
> Dieselbe Verwirrung und propagandistische Verwischung spricht aus der Erklärung namibischer Kirchenvertreter, daß „die Kirche in Namibia ein Teil der Befreiungsbewegung sei, die es sich zum Ziel gesetzt hat, die Menschen zu befreien" (Rhein. Landessynode 1982, Protokoll, S. 91).

Auch hier erliegt man der Suggestion politischer Propaganda und der Faszination eines politischen Heilsanspruchs.[40]

Die afrikanischen Opfer einer im wahrsten Sinne des Wortes teuflischen Propaganda werden heute in Deutschland als Kronzeugen für die angeblich lauteren Absichten der SWAPO herangezogen. So schließt sich der Kreis – und viele merken gar nicht, wer eigentlich den Zirkel führt. „Allzuschnell und leichtfertig hat man sich auf jene Kräfte eingelassen, die den revolutionären Freiheitskampf als d i e Rettung Afrikas proklamierten, in Wirklichkeit aber weltpolitische Machtpositionen erobern wollen, statt wirklich dem Wohl der Menschen zu dienen", bemerkt Ernst Volk.[41]

Wie die Kirchen wirklich helfen könnten

Wer der SWAPO die Hand reicht, muß wissen, daß er damit Gewalt und Blutvergießen in Namibia fördert und die Leiden des namibischen Volkes verlängert. Für Christen – und erst recht für kirchliche Amtsträger – sollte es eine Selbstverständlichkeit sein, jenen zur Seite zu stehen, die nicht Haß predigen, sondern für nationale Versöhnung und Aussöhnung in Namibia wirken.

Namibia ist auf Hilfe v o r der Unabhängigkeit dringend angewiesen. Dürre und Krieg haben Wunden verursacht, die nur langsam verheilen. Die Kirchen in Deutschland sind gefordert, den Heilungsprozeß zu unterstützen. Sie könnten eine ungemein positive Rolle in Namibia spielen, wenn sie darauf verzichten würden, für die eine oder andere politische Seite Partei zu ergreifen. Es mangelt nicht an Projekten in Namibia, die ausschließlich den Menschen des Landes zugute kommen – angefangen von Farmschulen bis hin zu Buschkliniken in Kavango. Hier bieten sich vielfältige Ansatzpunkte zur Hilfe.

Materielle Hilfe ist allerding nur ein Aspekt – vielleicht nicht einmal der wichtigste. Vor allem kommt es heute in Namibia darauf an, die Weichen in Richtung Zukunft zu stellen. SWAPO-Präsident Sam Nujoma hat erklärt, die SWAPO sei gewillt, weitere 5, 10, 25 oder sogar 100 Jahre zu kämpfen, um „eine solide revolutionäre Basis" in Namibia zu errichten, auf die sich künftige Generationen stützen könnten.[42]

100 Jahre Krieg in Namibia? – Man kann nur hoffen, daß die Zukunft des Landes anders aussehen wird. Schon zwei Jahrzehnte Krieg waren verheerend genug für die Menschen in Namibia. Mehr als alles andere braucht Namibia heute Frieden. Der Frieden wird nicht vom Himmel fallen. Er muß errungen werden. Dazu bedarf es vereinter Anstrengungen aller jener, die auf die Konfliktparteien einzuwirken vermögen – nicht zuletzt der Kirchen. Gelänge es den Kirchen, die SWAPO davon zu überzeugen, daß der Weg der Gewalt ein Irrweg ist, würden sie den Menschen in Namibia einen unschätzbaren Dienst erweisen. Auch der Versuch wäre der Mühe wert.

Anmerkungen

1 Beschluß Nr. 78/1982, Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland.
2 Kirchliches Amtsblatt der Evangelischen Kirche im Rheinland, Nr. 3, 16. März 1984.
3 Ökumenischer Rat der Kirchen. Programm zur Bekämpfung des Rassismus. Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus. Zuwendungen für 1981 gebilligt vom Exekutivausschuß des Ökumenischen Rates der Kirchen, Dresden, DDR, August 1981, S. 5.
4 Moses Garoeb: Die entscheidende Phase des Kampfes, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 24. Jahrgang (1981), Nr. 7, S. 978.
5 Sam Nujoma: Der richtige Weg, in: Probleme des Friedens und des Sozialismus, 24. Jahrgang (1981), Nr. 7, S. 975.
6 Evangelische Kirche im Rheinland. Die Kirchenleitung: Wir bitten um Zeichen ökumenischer Solidarität. Aufruf zur Beteiligung am ökumenischen Programm zur Bekämpfung des Rassismus, Düsseldorf, 2. Juli 1984, S. 6.
7 Ebenda.
8 Ebenda.
9 Bertold Klappert: Die Kirche vor der Namibia-Frage. Die Barmer Theologische Erklärung als Weisung zur ökumenischen Partnerschaft mit den Kirchen in Namibia, in: Flugblätter zur Versammlung von Christen 1.-3. Juni 1984 in Wuppertal-Barmen, S. 38.
10 Political Program of the South West Africa People's Organization (SWAPO) of Namibia. Adopted by the meeting of the Central Committee July 28th-August 1st, 1976, Lusaka, Zambia, S. 6.
11 Franz Ansprenger: Die SWAPO. Profil einer afrikanischen Befreiungsbewegung, Mainz/München 1984, S. 177.
12 Neues Deutschland, 17. April 1981.
13 Freunde haben das Wort. Begrüßung an den XXV. Parteitag der KPdSU, Moskau 1976, S. 365.
14 Ebenda, S. 363.
15 Presse der Sowjetunion, Nr. 7/1981, S. 233.
16 Moses Garoeb: Die SWAPO – siegesgewiß im Krieg um Namibia, in: Antiimperialistisches Informationsbulletin, Sonderheft Nr. 1/1981, S. 46.
17 Pyotr Manchkha: Africa on the New Road, Moskau 1972, S. 156.
18 A. Galybin: Namibia's Fight for Freedom, in: International Affairs (Moskau), Nr. 12/1976, S. 60.
19 Ebenda, S. 64.
20 Zitiert nach: B. Gvozdarev: Cuba in the Struggle for International Peace and Security, in: International Affairs (Moskau), Nr. 8/1980, S. 24.
21 Victor Carriba: Isle of Youth – Work and Study dominate the Life of the Pupils, in: Prisma (Havanna), Nr. 4/1983, S. 23.
22 Vgl. Henning von Löwis of Menar: Die Ausbildung von SWAPO-Kadern in der Deutschen Demokratischen Republik, Namibia Information Office, Dokumentation Nr. 23, Bonn, November 1983.
23 DLF-Interview mit Achim Reichardt, Generalsekretär des Solidaritätskomitees der DDR, Bandarchiv des Verfassers, 84-10-13.
24 Alfred Babing: Nationaler Befreiungskampf in Namibia – eine Schlüsselfrage für Aktionen gegen Imperialismus, Kolonialismus und Neokolonialismus, in: Asien – Afrika – Lateinamerika, 8. Jahrgang (1980), Nr. 6, S. 1.045.
25 Presse der Sowjetunion, Nr. 7/1981, S. 233.
26 Diese Organisationen werden von SWAPO-Politikern fast immer angeführt, daneben weitere „kämpfende Völker", wie zum Beispiel das Volk von Puerto Rico.
27 Die Wahrheit über Afghanistan. Dokumente – Tatsachen – Zeugnisse, Moskau 1980, S. 196 f.
28 The Struggle for Trade Union Rights in Namibia. Department of Labour, SWAPO of Namibia, Luanda 1984, S. 2.
29 To Be Born A Nation. The Liberation Struggle for Namibia. Department of Information and Publicity, SWAPO of Namibia, London 1981, S. 258, S. 293 f.

30 National-Zeitung (Berlin/DDR), 21. Dezember 1977.
31 Interview mit „Jeune Afrique", zitiert nach: Antiimperialistisches Informationsbulletin, Sonderdruck Nr. 1/1977, S. 15.
32 The Struggle for Trade Union Rights in Namibia, a.a.O. (Anm. 28), S. 43.
Anschläge des bewaffneten Flügels des ANC finden den Beifall der SWAPO. Auf einer Solidaritätskonferenz in Rom konstatierte SWAPO-Präsident Nujoma im Februar 1982: „The heroic guerillas of Umkhonto we Sizwe are delivering telling blows and scoring impressive military feats in the battle against our common enemy. We wish to reassure the people of South Africa, the ANC and its liberation army our undying solidarity. We pledge to the ANC and to the people of South Africa that the oppressed people of Namibia, in particular the combatants of the People's Liberation Army of Namibia, will not fail to do their part in continuing to deliver crippling blows to the rear of the apartheid system, thereby making our humble contribution to the ultimate destruction of that inhumane system. Together with the ANC, we shall march to victory!" – Namibia Today, 6. Jahrgang (1982), Nr. 3, S. 11.
33 Tulinane Obed Emvula: Der erfolgreiche Kampf der SWAPO, in: Horizont, 14. Jahrgang (1981), Nr. 31, S. 16.
34 Allegations of assault by SWA/Namibian Security Forces, Office of the Administrator General, 22. Januar 1985.
35 Windhoek Observer, 5. Januar 1985.
36 Die Republikein, 3. Januar 1985.
37 Schreiben vom 1. April 1985.
38 Vgl. Vorschläge der Vielparteien-Konferenz zur Unabhängigkeit Namibias. Die Übergangsregierung der nationalen Einheit, Namibia Information Office, Dokumentation Nr. 33, Bonn, April 1985.
39 Interview mit der „Financial Mail" (Johannesburg), zitiert nach: The Windhoek Advertiser, 25. April 1985.
40 Ernst Volk: Antirassismus, Freiheitskampf und Kirche Jesu Christi, S. 11 (Manuskript).
41 Ebenda, S. 10.
42 Terceiro Mundo, Nr. 16, August 1979, S. 39.

Evangelischer Pressedienst



Zentralausgabe

Zentralredaktion des Evangelischen Pressedienstes in Frankfurt am Main. Eigene Büros in Bonn, Genf und Berlin (DDR). Landesdienste in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hannover, Karlsruhe, Kassel, Kiel, München, Speyer und Stuttgart.

Nr. 11 Montag, 16. Januar 1984

Rheinische Kirchengemeinden können Sonderfonds mit Kirchensteuern unterstützen

Synode in Bad Neuenahr revidierte Beschluß aus dem Jahr 1982

Bad Neuenahr (epd). Die evangelischen Kirchengemeinden im Rheinland können künftig Kirchensteuern für den Sonderfonds des Programms zur Bekämpfung des Rassismus beim Ökumenischen Rat der Kirchen zur Verfügung stellen, müssen dabei aber bestimmte Bedingungen erfüllen. Das beschloß die in Bad Neuenahr tagende Landessynode am Freitag, 13. Januar, und revidierte damit Beschlüsse aus dem Jahr 1982. Gleichzeitig wurde festgelegt, daß der mit 300.000 Mark ausgestattete "Namibia-Fonds" zunächst "eingefroren" wird, bis zwischen den Kirchen in Namibia und im Rheinland "Einvernehmen über seine bestimmungsgemäße Verwendung gefunden werden kann". Abgelehnt wurde der Antrag, dieses Geld dem Sonderfonds zu überweisen.

Der Beschluß der Landessynode sieht vor, daß die Presbyterien (Kirchenvorstände) zunächst probeweise für ein Jahr Kirchensteuern an den Sonderfonds zahlen können. Folgende Bedingungen wurden dafür genannt: Nur soviele Steuermittel dürfen zur Verfügung gestellt werden, wie gleichzeitig als Spenden aus der Gemeinde zusammenkommen. Der Beschluß darf außerdem nur für ein Jahr gefaßt werden. Ferner muß die Gemeinde umfassend informiert und an der Beschlußfassung beteiligt werden. Gleichzeitig soll geprüft werden, ob die Mittelvergabe die einzige Form der Solidarität mit Namibia ist. Alle diese Voraussetzungen müssen vom Kreissynodalvorstand überprüft werden.

1982 hatte die Landessynode den rheinischen Kirchengemeinden verboten, Kirchensteuermittel für den Sonderfonds zur Verfügung zu stellen, gleichzeitig aber zu Spenden für diesen Zweck aufgerufen. Ferner war die Einrichtung eines "Namibia-Fonds" beschlossen worden, der dem Namibischen Kirchenrat bei seiner Hilfe für diejenigen Namibier unterstützen sollte, "die am schwersten unter der gegenwärtigen politischen und sozialen Situation in Namibia zu leiden haben". Die Annahme dieses Geldes hatten der Namibische Kirchenrat ebenso wie die Evangelisch-Lutherische Kirche in Namibia abgelehnt, mit der die rheinische Kirche eine Partnerschaft unterhält. Sie verlangten, das Geld über den Sonderfonds zu leiten. (121/13.01.84)

Oben: Im Januar 1984 beschloß die Landessynode der Evangelischen Kirche Rheinland – zunächst probeweise auf ein Jahr –, Kirchengemeinden zu ermöglichen, auch mit Kirchensteuermitteln sich an Beiträgen für den „Sonderfonds zur Bekämpfung des Rassismus" zu beteiligen. Den Löwenanteil aus diesem Fonds erhält seit Jahren die SWAPO.

EVANGELISCHE KIRCHE UND SWAPO

Dokument

Wir bitten um Zeichen ökumenischer Solidarität*

Aufruf zur Beteiligung am ökumenischen Programm zur Bekämpfung des Rassismus

Die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland hat wiederholt auf die Gefahr aufmerksam gemacht, die der Rassismus darstellt.
Sie hat 1982 erklärt:

> „Rassismus ist Sünde. Zu dieser Überzeugung hat sich die Landessynode der Evangelischen Kirche im Rheinland mehrfach bekannt. Die Bekämpfung des Rassismus, auch im eigenen Land, ist Aufgabe der Kirche, die sie mit den ihr verfügbaren und erlaubten Mitteln erfüllt.“

Wir bitten Sie um offene Augen und Ohren und um Ihre Fürbitte für die Menschen, die Opfer des Rassismus geworden sind. Wir bitten Sie um Ihre Wachsamkeit gegenüber allem, was auch uns zu rassistischem Denken und Urteilen verführen will.
Wir bitten Sie um Ihre Unterstützung für das Programm, mit dem der Ökumenische Rat der Kirchen schon seit Jahren zur Bekämpfung des Rassismus beiträgt. Bitte informieren Sie sich über die verschiedenen Schwerpunkte dieses Programms (vor allem über die Projektliste und über den Sonderfonds), damit Sie entscheiden können, welches der verschiedenen Vorhaben Sie fördern wollen.
Die Landessynode hat ihre Bitte sowohl an alle Gemeindeglieder als auch an alle Gemeinden gerichtet. Sie hat dabei die Bereitschaft der Gemeindeglieder, sich mit persönlichen Beiträgen (durch Spenden und Kollekten) zu beteiligen, von der Bereitschaft der Gemeinde unterschieden, sich auch mit Haushaltsmitteln zu beteiligen (also den Kirchensteuern aller Gemeindeglieder, über deren Verwendung nicht die Gemeindeglieder selber entscheiden, sondern die sie der Entscheidung des Presbyteriums anvertrauen).
An der Projektliste des Programms zur Bekämpfung des Rassismus können sich Gemeinden und Kirchenkreise mit Kirchensteuermitteln in beliebiger Höhe beteiligen. Für den Sonderfonds gelten, nur für die Ortsgemeinde und zunächst bis zur Landessynode 1985, andere Bestimmungen:

a) Mindestens in der Höhe des Betrages, der aus Steuermitteln bereitgestellt werden soll, müssen Spenden** aus der Gemeinde für den Sonderfonds aufgebracht worden sein.

---

* Faltblatt, herausgegeben von der Kirchenleitung der Evangelischen Kirche im Rheinland.

** als Spenden gelten alle ausdrücklich für den Sonderfonds zweckbestimmten Mittel aus Kollekten, Sammlungen oder zweckbestimmten Gaben an die Gemeinden (vgl. KABl. Nr. 3/1984)

Rechts: Die geballte Faust vor einem Kreuz und dazu der Text: „Christus erkennen als den schwarzen Befreier“ — so präsentiert sich eine Dokumentation, herausgegeben von „Solidarische Kirche im Rheinland/Kirchenbruderschaft & Evangelische Theologiestudentenschaft im Rheinland“.



in der Rheinischen Kirche

Ökumenische Versammlung

9.-11. Januar 84

Bad Neuenahr

Dokumentation

b) Das Presbyterium kann nur für das jeweilige Haushaltsjahr beschließen. Es soll sich mit besonderer Ernsthaftigkeit bemühen, seinen Beschluß gemäß Artikel 119 Abs. 1 KO einmütig zu fassen, um so dafür zu sorgen, daß das Gewissen von Minderheiten in der Gemeinde durch einen solchen Beschluß nicht unerträglich beschwert wird.

c) Vor einem erstmaligen Beschluß des Presbyteriums muß die Gemeinde an der Information und Meinungsbildung zum Sonderfonds teilnehmen können. Hierzu soll unter anderem die Gemeindeversammlung gemäß Artikel 130 KO genutzt werden. Bei der Meinungsbildung ist vor allem die Frage zu klären, in welcher Weise die Kirche Solidarität mit den Leidenden und mit den gegen Unrecht Kämpfenden bezeugen kann und muß.

d) Der Kreissynodalvorstand (gemäß Artikel 140 in Verbindung mit Artikel 157 KO) prüft einen vom Presbyterium gefaßten Beschluß darauf hin, ob die Voraussetzungen unter Buchstaben a-c erfüllt sind. Der Beschluß kann erst nach positivem Ergebnis dieser Prüfung durchgeführt werden.

Alle Spenden, Kollekten und Zuwendungen für das Programm des Ökumenischen Rates der Kirchen zur Bekämpfung des Rassismus können mit dem Vermerk
für Buchungsstelle 130 „Projektliste" bzw.
für Buchungsstelle 131 „Sonderfonds"
auf folgende Konten der Landeskirchenkasse eingezahlt werden:
6007 bei der Bank für Kirche und Diakonie EG, Duisburg (BLZ 350 601 90)
973 47-504 beim Postscheckamt Köln (BLZ 370 100 50).

Düsseldorf, den 2. Juli 1984

Die Leitung
der Evangelischen Kirche im Rheinland
(Unterschrift)
Präses

Fragen und Antworten zum Rassismus und zu seiner Bekämpfung

1. Rassismus — was ist das und wie kommt es eigentlich dazu?

Wir sehen, wie Menschen verschieden leben, wie sie sich voneinander in ihrer Lebensweise, ihrer Kultur, ihrem Wesen unterscheiden. Wir neigen dazu, Unterschiede nicht nur festzustellen, sondern auch zu bewerten. Wir sind immer wieder in Gefahr, uns selber für überlegen, andere für weniger wert zu halten. Das gilt für Einzelne wie für Gruppen, für ganze Völker und Rassen. Wir erfahren es oft genug im Umgang mit Ausländern in unserem Land, wie ein verhängnisvoller Mechanismus entstehen kann: Begegnung mit Fremden erzeugt Angst. Aus Angst vor dem Fremden wird Argwohn. Argwohn steigert sich zur Ablehnung. Aus Ablehnung der Fremden wächst Verachtung. Von Verachtung zur Verfolgung ist nur ein kleiner Schritt. Das ist gemeint, wenn wir von Rassismus sprechen.

Was haben Kirchen damit zu tun?

Gerade in protestantischen Kirchen wird immer wieder davon gesprochen, daß Gott seine Schöpfung in Ordnungen gegliedert habe. Daraus ergibt sich leicht das Mißverständnis, Unterschiede in der Art seien auch Unterschiede im Wert: nach Gottes Anordnung, so hat man irrtümlich auch unter deutschen Theologen gesagt, gelten Frauen weniger als Männer,

Schwarze weniger als Weiße, „Untertanen" weniger als „Obrigkeiten". Ungewollt, aber auch gewollt, haben auch die Kirchen in Europa, in USA, in Australien wie in Südafrika mit dazu beigetragen, daß Christen zu Rassisten wurden oder Rassisten blieben.

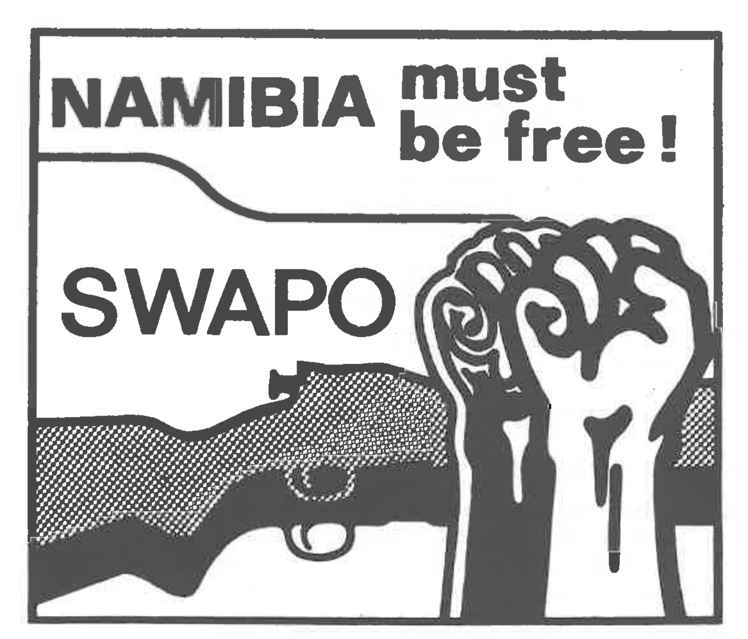
Christen in Südafrika

In Südafrika haben sich im vergangenen Jahrhundert viele der frommen weißen Siedler als von Gott auserwähltes Volk verstanden, dazu bestimmt, über die schwarzen „Heiden" zu herrschen. Aufgrund dieses Selbstbewußtseins entstanden viele Gesetze, die auf eine konsequente Trennung der Rassen hinausliefen (Apartheidsgesetze). Was dort amtlich „getrennte Entwicklung" genannt wird, enthält bis heute den schwarzen Südafrikanern vor, was zu den selbstverständlichen Menschen- und Bürgerrechten gehört, von Brüderlichkeit ganz zu schweigen.

2. Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus

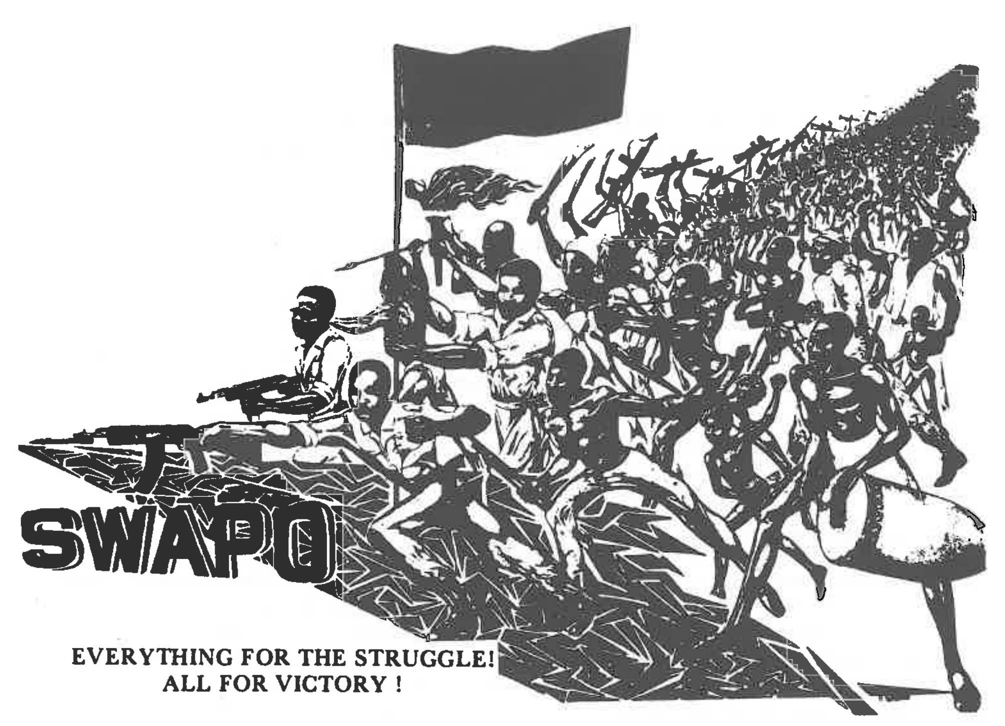
Projektliste und Sonderfonds

Der Ökumenische Rat der Kirchen hat im Jahre 1969 ein „Programm zur Bekämpfung des Rassismus" beschlossen, in dem es heißt: „Rassismus ist Sünde, weil damit bestritten wird, daß alle Menschen nach dem Bilde Gottes geschaffen sind. Die befreiende Botschaft des Evangeliums macht die Menschen frei." Das Programm geht zunächst die Kirchen an: zu prüfen, wo wir heute noch rassistisch denken, oder welche politische oder wirtschaftliche Ordnung den Rassismus begünstigt. Die Projektliste unterstützt entsprechende Untersuchungen und Veröffentlichungen, sie unterstützt Gruppen, die aufmerksam geworden sind und andere aufmerksam machen wollen. Sie unterstützt unmittelbar Betroffene in aller Welt, die zu Opfern des Rassismus geworden sind. Das alles gehört zu den Aufgaben der



„Namibia muß frei sein!"

Nach dieser Selbstdarstellung der SWAPO („Namibia Today", offizielles Organ der SWAPO, 5. Jahrgang, Heft 10/11 1981) — also nicht nach einer Dokumentation der Evangelischen Kirche — kann die „Befreiung" nur mit Waffengewalt geschehen.



Oben: Aus einem SWAPO-Papier 1984, herausgegeben von SWAPO Department for Information and Publicity, Luanda, Angola.

Kirchen. Jahr für Jahr veröffentlicht der Ökumenische Rat eine Liste der Projekte, für die er um Geld bittet.

Streit um den Sonderfonds

Gestritten wird in den Kirchen und in der Öffentlichkeit nur über einen Bereich des Programms, den sog. Sonderfonds. In diesem Streit geht es vor allem um drei Fragen:
1. Der Sonderfonds unterstützt die humanitären Aufgaben nicht nur kirchlicher, sondern auch nichtkirchlicher Organisationen.
2. Die Mittel werden nach den beschlossenen Kriterien ohne Verwendungsnachweis – im Vertrauen auf die Selbstbindung der Antragsteller – bewilligt.
3. Der Sonderfonds unterstützt auch einige Bewegungen im südlichen Afrika, die auch mit militärischen Mitteln für ihre Befreiung kämpfen.
Im Kern geht der Streit dabei um die Frage, ob eine Kirche nur den Opfern helfen darf, die unter Rassismus leiden ohne sich zur Wehr zu setzen, oder auch denjenigen, die sich zu Bewegungen zusammengeschlossen haben, um sich zu wehren und, z.T. im bewaffneten Kampf, für ihre Befreiung zu kämpfen.

3. Was können rheinische Gemeinden für die tun, die unter Rassismus leiden?

Spenden Einzelner und Kollekten der Gemeinde

Die Landessynode hat alle Mitglieder der Kirche aufgerufen, sich am Programm zu beteiligen, sich also zunächst zu informieren und dann zu entscheiden, ob sie ihre Spenden lieber der Projektliste oder dem Sonderfonds (oder beiden Bereichen) zukommen lassen wollen. Die Mitglieder der Kirche sind aber nicht nur als Einzelne, sondern ebenso als Gemeindeglieder angesprochen, die sich zum Gottesdienst versammeln. Ist eine Gemeinde überzeugt,



sie solle sich als Gemeinde am Programm zur Bekämpfung des Rassismus beteiligen (und nicht nur die Einzelnen dazu aufrufen), dann kann das Presbyterium Kollekten für das Programm bestimmen, sowohl für die Projektliste als auch für den Sonderfonds. Das Presbyterium nimmt damit gerade nicht vorweg, ob und mit welchem Betrag sich die Gemeindeglieder an der Kollekte beteiligen, aber es lädt mit seiner Entscheidung dazu ein, sich für eine Aufgabe der Kirche einzusetzen.

Kirchensteuern aus dem Haushalt der Gemeinde

In der rheinischen Kirche hat die Ortsgemeinde schon immer in besonders hohem Maße über die Angelegenheiten in eigener Verantwortung entschieden. Innerhalb des gemeinsamen Rahmens, den sie sich in der Kirchenordnung durch die Landessynode selber gegeben haben, entscheiden die Presbyterien selbständig. Unterschiedliche Entscheidungen auch von benachbarten Gemeinden müssen im Rahmen der Kirchenordnung und der Beschlüsse der Landessynode hingenommen werden: zwar ist Einheitlichkeit häufig wünschenswert, noch wichtiger aber ist, daß die Gemeinde dem folgen kann, was sie als Evangelium gehört hat. Nur die Ortsgemeinde kommt regelmäßig zusammen, um das Evangelium zu hören, um zu bekennen, was sie Gott und den Menschen schuldig geblieben ist, um Vergebung zu erbitten und zu empfangen. In der Ortsgemeinde, im gleichen Stadtteil müssen Christen verschiedener Überzeugung miteinander auskommen, müssen einen gemeinsamen Weg suchen, indem sie aufeinander und gemeinsam auf Gottes Gebot und Verheißung hören. Darum hat die Landessynode 1984 nicht für alle Gemeinden einheitlich entschieden, sondern den Gemeinden selber die Entscheidung überlassen und zugemutet. Darum hat sie den Kirchenkreisen (und ihren Leitungsorganen) nicht die gleiche Vollmacht zugestanden wie den Ortsgemeinden.
Daß rheinische Gemeinden nach geltendem Recht über ihren Haushalt selber verfügen („Kirchensteuerhoheit"), war für die Landessynode 1984 nicht der entscheidende Grund. Ihr kam es vielmehr darauf an, daß Entscheidungen im Hören auf Gottes Gebot und Verheißung getroffen werden – und dafür hat die Ortsgemeinde bessere Voraussetzungen als jede andere kirchliche Körperschaft.
Um der Gefahr zu begegnen, daß Minderheiten in der Gemeinde durch eine Entscheidung des Presbyteriums unnötig beschwert werden, hat die Landessynode gründliche Information und gewissenhafte Meinungsbildung innerhalb der Gemeinde sowie eine einmütige Beschlußfassung des Presbyteriums zur Voraussetzung für eine solche Entscheidung gemacht. Die Summe der Spenden und Kollekten der Gemeinde für den Sonderfonds bezeichnet die Höchstgrenze dessen, was das Presbyterium aus Kirchensteuermitteln bewilligen kann. Damit wird deutlich gemacht, daß die Bereitschaft von Gemeindegliedern, den Sonderfonds zu unterstützen, einen Maßstab für die Entscheidung des Presbyteriums darstellt.
Bei der Vergabe von Kirchensteuermitteln für den Sonderfonds muß ausgeschlossen bleiben, daß die anderen Ausgaben der Gemeinde für Ökumene, Weltmission und Kirchlichen Entwicklungsdienst geschmälert werden.

4. Welche Organisationen unterstützt der Sonderfonds?

Kirchliche und Nichtkirchliche Organisationen

Gruppen und Organisationen, die sich den Einsatz für mehr Freiheit und mehr Gerechtigkeit zum Ziel gesetzt haben, sind nicht in allen Ländern erlaubt. Kirchen ist es, vor allem in Diktaturen, oft verboten, beim Aufbau solcher Gruppen und Organisationen mitzuwirken. Darum unterstützt der Ökumenische Rat in manchen Fällen nicht nur kirchliche, sondern auch nichtkirchliche Organisationen. 1982 sind unter diesen Organisationen 31 Selbsthilfegruppen von Minderheiten in allen Kontinenten unterstützt worden, ferner 17 Solidaritätsgruppen. Sie alle arbeiten mit politischen Mitteln, um ihre Rechte zu schützen und um die Öffentlichkeit auf ihre Lage aufmerksam zu machen.

Einige Befreiungsbewegungen wenden auch Gewalt an

Vier weitere Gruppen sind südafrikanische Befreiungsbewegungen. Ihre Unterstützung durch den Ökumenischen Rat hat in europäischen und nordamerikanischen Kirchen immer wieder zu Unverständnis und zu Zweifeln an der Glaubwürdigkeit des Ökumenischen Rates geführt. Dazu müssen wir uns von nichtweißen Christen sagen lassen: Südafrikanische Schwarze haben sich jahrzehntelang erfolglos *gewaltfrei* gewehrt. Vor einigen Jahren sind deshalb einige (nicht etwa alle!) Befreiungsbewegungen dazu übergegangen, sich auch mit politischer und militärischer Gewalt gegen Unrecht zu wehren. Die Kirchen der Schwarzen in Südafrika heißen diese Gewaltanwendung nicht gut. Aber sie bitten um Verständnis für die Verzweiflung ihrer Glieder, auch derer, die sich Befreiungsbewegungen angeschlossen oder als Flüchtlinge bei ihnen Schutz gesucht haben. Für sie ist es ein wichtiges Zeichen der Hoffnung, daß der Ökumenische Rat der Kirchen auch Befreiungsbewegungen unterstützt.

Unterstützung für Waffenkäufe?

Der Ökumenische Rat vergibt Hilfe, entsprechend verabredeten Richtlinien, nur für humanitäre Zwecke, bei Befreiungsbewegungen vor allem für Veröffentlichungen, für Erziehung und Gesundheitsfürsorge sowie für Rechtshilfe. Es ist bisher kein einziger Fall bekannt, in dem Empfänger die Mittel nicht antragsgemäß verwendet, z.B. dafür Waffen gekauft hätten. Die Empfänger erkennen das Vertrauen an, in dem der Ökumenische Rat ganz bewußt auf eine Kontrolle der Verwendung verzichtet hat. Sie verstehen diesen ungewöhnlichen Verzicht als Zeichen des Respekts vor der Mündigkeit Schwarzer.

Unterstützung kommunistischer Organisationen?

Praktisch alle südafrikanischen Befreiungsbewegungen haben zunächst Unterstützung in Westeuropa und Nordamerika gesucht. Aber diese Länder haben die Unterstützung verweigert. So haben dann Kuba und verschiedene Staaten des Warschauer Pakts nur zu gern Soldaten, Sicherheitsberater und anderes Personal in afrikanische Staaten entsandt. Sie versuchen die Befreiungsbewegungen marxistisch zu beeinflussen. Diese ideologische Ausrichtung steht für die Schwarzen Südafrikas nicht im Vordergrund. Sie verstehen diese Hilfeleistung als Hilfe zur Befreiung und akzeptieren sie deshalb. Für die Christen in Westeuropa und Nordamerika ist die Entwicklung im südlichen Afrika eine deutliche Herausforderung, die Bitte von schwarzen und einigen weißen Südafrikanern zu hören und sie zu unterstützen. Das Programm zur Bekämpfung des Rassismus (und sein Sonderfonds) ist dazu eine Möglichkeit.

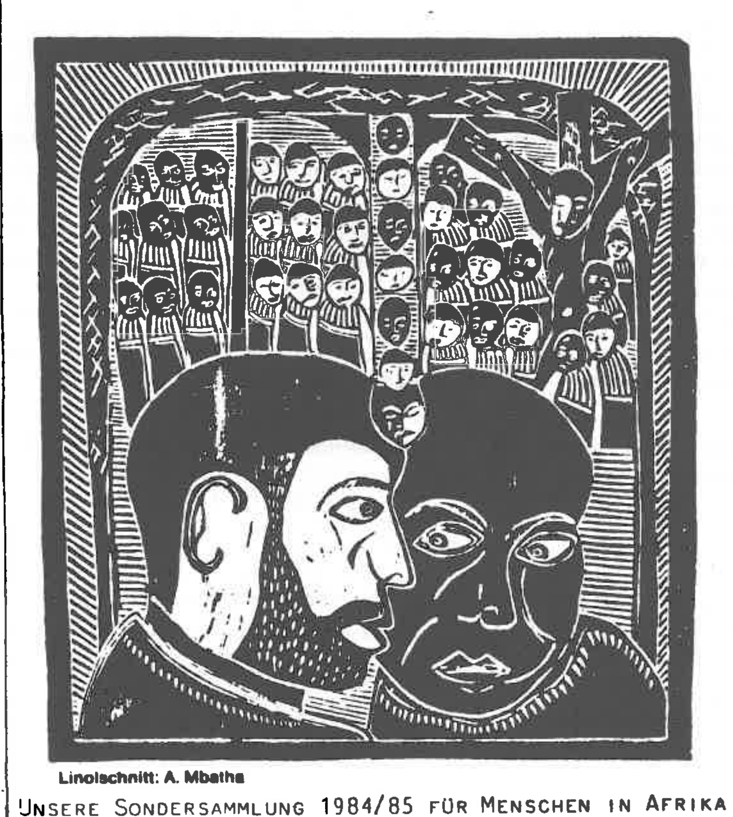
Anhang

Aus der Projektliste 1984 werden vor allem unterstützt:

1. Studienprojekt „Rassismus und Theologie", vor allem regionale Konsultationen zum Thema „Bundesschluß und Bekenntnis gegen den Rassismus" und antirassistische Projekte von Theologen und theologischen Institutionen in Lateinamerika, Afrika und Asien.

2. Konsultationen, regionale Programme, Informationen zum südafrikanischen Rassismus; Rechtshilfe.

3. Projekte von rassischen und religiösen Minderheiten in Asien (Tamilen in Sri Lanka, Kastenlose in Indien, Ureinwohner in Australien), von Indio-Bewegungen in Lateinamerika, von nordamerikanischen Indianern im Rechtsstreit um Bodenrechte, von völkischen Minderheiten und Migration in Europa.



Oben: Titel eines Programmheftes der Evangelischen Kirchengemeinde Bergisch-Gladbach „Partner für Christen in Namibia!". – Als „Buchtip des Monats zum Thema" wird in diesem Heft das im Verlag der VEM (Vereinigte Evangelische Mission), Wuppertal, erschienene Werk von zwei SWAPO-Leuten, Magdalena und Erastus Shamena, „Wir Kinder Namibias" empfohlen. Ihr Weg führt sie „als Vertreter der SWAPO nach Rumänien, als Leiter einer Schule nach Kuba".

4. Studien und Veröffentlichungen zu Fragen nach Rassismus in Erziehung und Bildung sowie in Kirchenstrukturen; Studien über wirtschaftliche Grundlagen von Rassismus; Untersuchungen über „Frauen – Opfer von Rassismus".

Insgesamt werden 730 000 US-Dollars erbeten.

Die Mittel werden entsprechend den beschlossenen Kriterien auf Antrag bewilligt; Verwendungsnachweise werden vorgelegt.

Aus dem Sonderfonds wurden 1983 vor allem unterstützt:

13 Gruppen und Initiativen zur Sicherung von Rechten an Grund und Boden, auf Kultur und Religionsausübung der ursprünglichen Bewohner: der „Aborigines" in Australien, der Indianer in Nordamerika, der Indios in Lateinamerika. 93 000 US-Dollars

7 Gruppen und Interessengemeinschaften von Ausländern in Westeuropa, Nordamerika und Japan, z.B. von mit Ausländern verheirateten Frauen in der Bundesrepublik (Rechtsschutz, Beratung usw.). 41 500 US-Dollars

4 südafrikanische Befreiungsbewegungen: Afrikanischer Nationalkongreß (ANC), Panafrikanischer Kongreß (PAC), Organisation des Volkes von Südwestafrika (SWAPO), Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß (SACTU). Unterstützt werden Ausbildungs- und Rechtshilfen, Aufgaben in der Landwirtschaft (Musterfarm), Hilfe für Familien ohne Ernährer, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit. 235 000 US-Dollars

19 Solidaritätsgruppen, vor allem von Weißen in Europa und Nordamerika, die mehr Verständnis für die Lage der Rechtlosen, vor allem in Südafrika, wecken wollen. 76 500 US-Dollars

Die Mittel werden entsprechend den beschlossenen Kriterien auf Antrag ohne Verwendungsnachweis bewilligt.

Rechts: Der auf den Seiten 147 bis 153 veröffentlichte Schriftwechsel zeigt, mit welcher Vehemenz und Unduldsamkeit gegen Andersdenkende sich evangelische Pfarrer als Fürsprecher und Helfer der SWAPO einsetzen. Sie diffamieren einen jeden, der sie vor einer einseitigen Information warnt, so auch den Entwicklungspolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion der FDP, Professor Dr. Wolfgang Rumpf, der selbst Mitglied der Kammer der Evangelischen Kirche Deutschlands ist.



NAMIBIA INFORMATION OFFICE

Venusbergweg 35
5300 Bonn 1
Telefon 0228/269020
Telex 8-869358
Telefax 0228/210607
Teletex 228303 = kom

An die Mitglieder
des Presbyteriums

Bonn, den 25. März 1985

Betr.: Namibia

Sehr geehrte Damen und Herren,

viele Anfragen aus den Gemeinden der Rheinischen Kirche veranlassen uns, Ihnen heute zu schreiben. Wie Sie nach den Beschlüssen der Landessynode wissen, bleibt es der Entscheidung jeder Gemeinde überlassen, Kirchensteuermittel und Kollekten an den Antirassismus-Fonds des Weltkirchenrates abzuführen.

Die SWAPO wird finanziell aus dem Sonderfonds des Weltkirchenrates unterstützt. Aus diesem Grund schreiben wir Ihnen:

- Fast alle Bürger Namibias, alle politische Gruppierungen und Bevölkerungsgruppen wollen die international anerkannte Unabhängigkeit Namibias. Auch SWAPO will dies. Im Unterschied zur SWAPO sind die Bürger Namibias für ein Ende der Gewalttätigkeit im Norden des Landes.

(Brief des Namibia Information Office, Fortsetzung von Vorseite)

Allein im letzten Jahr sind durch von der SWAPO im Norden Namibias gelegte Landminen 39 unschuldige schwarze Bürger umgekommen. 57 sind verletzt worden. 41 Zivilisten wurden von SWAPO-Kämpfern ermordet und 83 Zivilisten sind von SWAPO entführt worden.

Die Bevölkerung im Norden Namibias leidet. Die Gewaltakte der SWAPO tragen nicht zur Unabhängigkeit Namibias bei, zumal SWAPO militärisch heute in hoffnungsloser Position ist. Die lokale Bevölkerung, die zwischen beiden Feuern steht, will ein Ende der Gewalt.

– In Namibia gibt es heute rund 40 verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Programmen und zum Teil unterschiedlichen Ideologien. Das Recht der SWAPO, an der Zukunft des Landes mitzuwirken, wird nicht bestritten. Bestritten wird aber, daß SWAPO die alleinige Vertreterin Namibias ist, wie es die UNO-Generalversammlung beschlossen hat. Da die UNO einseitig auf die SWAPO festgelegt ist, wird sie als parteiisch angesehen. Die direkte und indirekte Mitfinanzierung der SWAPO durch die UNO – Schätzungen gehen heute von 30 Millionen US-Dollar jährlich aus – qualifiziert aus namibischer Sicht die UNO nicht, Schiedsrichter im Namibiakonflikt zu sein.

– Alle wesentlichen politischen Kräfte Namibias sind sich heute einig, daß nur durch eine Versöhnung der politischen Kräfte und Gruppen v o r der Unabhängigkeit Bürgerkrieg, Blutvergießen und Chaos n a c h der Unabhängigkeit vermieden werden kann. Vor der Unabhängigkeit müssen sich die Namibier selbst einig werden, wie das Land nach der Unabhängigkeit regiert werden soll, um wirtschaftliche und politische Stabilität in Freiheit nach der Unabhängigkeit zu sichern. SWAPO ist aufgefordert, sich in diesem Prozeß nationaler Aussöhnung zu beteiligen. Bisher verweigert sich SWAPO.

– Unter den Anhängern der SWAPO gibt es namibische Nationalisten. Unter den Anhängern der SWAPO sind auch Christen. Zentralkomitee und Politiker der SWAPO sehen die SWAPO jedoch als marxistisch-leninistische Bewegung – als Teil des weltrevolutionären Prozesses. Im politischen Programm der SWAPO können Sie dies nachlesen. Ein beherrschender Teil der Führungsschicht der SWAPO ist marxistisch-leninistisch. Über 60 Prozent der Einnahmen der SWAPO und 90 Prozent der „militärischen" Ausgaben werden durch den Ostblock finanziert. (Gegenwärtig werden 600 SWAPO-Kader in der DDR geschult). Der alleinige Machtanspruch der SWAPO kann nicht hingenommen werden und noch wichtiger: er wird nicht zu Stabilität nach der Unabhängigkeit führen.

– In Namibia wurden die Apartheids-Gesetze 1978 abgeschafft. Jeder kann mit jedem zusammenleben. Jeder kann Eigentum erwerben. Jeder kann wohnen, wo er wohnen will. Es gibt jedoch noch Restbestände der Apartheid, obwohl auch im schulischen Bereich von insgesamt 1 090 Schulen 1 024 für alle Rassen offen sind. Über 27 Prozent der Bevölkerung gehen heute zur Schule. Das sind 320 000 Bürger. Doch für SWAPO hat sich in Namibia nichts geändert. Sie kämpft gegen Zustände, die nicht mehr der Wirklichkeit entsprechen. Alle Namibier, die, aus welchen Gründen auch immer, das Land verlassen haben, können schon seit langem nach Namibia zurückkehren. Viele politische Flüchtlinge kamen zurück und sind heute häufig in den verschiedenen Parteien Namibias politisch tätig. Die Flüchtlingslager in Angola und Sambia müßten nicht bestehen. Die Flüchtlinge wissen nicht, daß sie straffrei zurückkehren können und – wenn sie es wissen – verhindert SWAPO ihre Ausreise.

Eine finanzielle Unterstützung der SWAPO ist ein Beitrag zur Fortsetzung von Gewaltanwendung, Tod und Zerstörung in Namibia. Wir meinen, Christen haben die Pflicht, an der christlichen und nationalen Versöhnung in Namibia mitzuwirken.

Die Menschen i n, nicht außerhalb Namibias brauchen Ihre Hilfe. Leider hat sich SWAPO gegen jegliche Hilfe für Namibia vor der Unabhängigkeit ausgesprochen. Wir wären Ihnen jedoch sehr verbunden, wenn Sie insbesondere der schwarzen Bevölkerung in Namibia unpolitische und unparteiische Hilfe direkt zukommen lassen könnten. Not und Notwendigkeiten gibt es genug – vom Altersheim in Katutura bis hin zu Buschkliniken im Kavango. Gern weisen wir Ihnen Projekte und politisch neutrale Träger für derartige Projekte nach.

Für weitere Informationen und zu weiteren Rückfragen stehen wir zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Volker Stoltz

EVANGELISCHE KIRCHENGEMEINDE ELBERFELD-OST
IN WUPPERTAL
BEZIRK PLATZ DER REPUBLIK

EINGEGANGEN
- 9. April 1985
Erl. ....

Wuppertal, 4.4.1985

Namibia Information Office
Venusbergweg 35

5300 Bonn 1

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Verwunderung habe ich Ihren Brief vom 25.3.85 gelesen.
Über die VEM (Vereinigte Evangelische Mission) sind wir über die Verhältnisse in Namibia bestens informiert. Außerdem haben wir Verbindungen zu den Gemeinden in Namibia.

Aus diesen Gemeinden allerdings und aus den persönlichen Berichten von Christen in diesem Land wissen wir, daß das was Sie uns schreiben gezielte Desinformationen der rassistischen südafrikanischen Regierung sind. Es ist einfach nicht wahr, wenn Sie behaupten, daß die SWAPO kommunistisch gelenkt würde. Mit dieser unwahren Propaganda möchten Sie diese Bewegung, in der die meisten Anhänger Christen sind, diskriminieren. Der Terror in Namibia wird nicht von der SWAPO ausgeübt, sondern von den Besatzungstruppen Südafrikas. Hier herrscht ein Regime, das den Nazis vergleichbar ist, das mit Unrecht und Gewalt den schwarzen Menschen ein würdiges Dasein vorenthält und mit einer Kolonialpolitik in Namibia dieses System unrechtmäßigerweise auch noch exportiert.
Es ist sicher richtig, daß auch durch Landminen der SWAPO unschuldige Bürger umkommen, aber die von der südafrikanischen Armee und Polizei wahllos ermordeten übersteigt die anderen Opfer um ein vielfaches.

Ich möchte Sie herzlich bitten, uns kein Propagandamaterial mehr zuzuschicken. Wir werden anders besser informiert.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr
G. A. Kriener

(Gustav-Adolf Kriener, Pastor)

Anschrift: Platz der Republik 26, 5600 Wuppertal 1, Fernruf 454185
Zahlungsverkehr: Evangelisches Verwaltungsamt Wuppertal-Elberfeld
Konten: Stadtsparkasse Wuppertal (BLZ 330 500 00) Nr. 914 978 · Bank für Kirche und Diakonie eG Duisburg (BLZ 350 601 90) Nr. 7583
Postscheckamt Essen (BLZ 360 100 43) Nr. 191 55 432

Evangelische Gemeinde
Winningen/Mosel

5406 Winningen, den 26.3.85
Ev. Pfarramt Winningen
Fernruf: Winningen (02606) 344

Namibia Information Office
Venusbergweg 35
53 Bonn 1

EINGEGANGEN
27. März 1985
Erl. ....

Betr.: Schreiben eines Herrn Volker Stoltz vom 25.3.85

Sehr geehrter Herr Stoltz,
ich habe Ihr Schreiben auf Bogen des "Namibia Information Office" erhalten. Leider kann ich aus dem Schreiben nicht entnehmen, wer den organisatorischen und finanziellen Aufwand dieses "Anti-SWAPO-Schreibens" verantwortet.
Solange ich vermuten muß, daß es sich bei dem "Namibia Information Office" um eine Agentur des Besatzungsregimes in Namibia, einen Ableger der Botschaft der sog. RSA in der BRD handelt, bin ich nicht bereit, dies Schreiben dem Presbyterium der Ev. Gemeinde Winningen vorzulegen.
Zum Inhalt des Schreibens nehme ich keine Stellung. Nach meiner, durch Botschaften der Kirchen in Namibia und durch persönliche Kontakte mit schwarzen Namibianern gefestigten, Überzeugung geht die Gewalttätigkeit im Norden Namibias eindeutig und überwiegend von den Besatzungssoldaten und deren Hilfskräften aus.
Sofern Sie nicht in der Lage sind, durch Nennung von Institutionen, Kirchen und Privatpersonen in Namibia Ihre politische, wirtschaftliche und ideologische Unabhängigkeit von dem Apartheidregime in der RSA zu beweisen, werden hier weitere Zusendungen nicht erwünscht sein. Dann sollten Sie unsere Anschrift aus dem Verteiler streichen. (5/1590289 2353).

P. Meffert

(Pfarrer Peter Meffert)

Namibia Information Office

Das Namibia Information Office vertritt die Interessen Namibias in der Bundesrepublik Deutschland. Es wurde 1980 eingerichtet und untersteht dem Interstate Relations Department in Windhuk. Das Namibia Information Office wird aus dem namibischen Haushalt finanziert. Zu seinen Aufgaben gehört es, die Öffentlichkeit in Deutschland umfassend über die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung Namibias zu informieren. Darüber hinaus fördert das Namibia Information Office die Kontaktpflege zwischen namibischen und deutschen Politikern. – Mitteilung des Namibia Information Office, Bonn, an die „Beiträge zur Konfliktforschung"



Prof. Dr. Wolfgang Rumpf
Mitglied des Deutschen Bundestages
- Mitglied der EKD-Kammer -
- Entwicklungspolitik -

5300 Bonn 1
Bundeshaus
Tel. (0228) 16 76 37

Die Wahl dieser Rufnummer vermittelt den gewünschten Hausanschluß.
Kommt ein Anschluß nicht zustande, bitte Nr. 161 (Bundeshaus-Vermittlung) anrufen.

Privat: Bürgerbüro
Kirchberger Str. 5
6540 Simmern
Tel. (06761) 4633

den 01.04.1985

An die
Evangelische Gemeinde
Winningen/Mosel
Herrn Pfarrer Peter Meffert

5406 Winningen

Sehr geehrter Herr Pfarrer Meffert,

Sie haben kürzlich Informationsmaterial über die Situation in Namibia/Südwestafrika erhalten mit der Bitte, diese Unterlage an Ihren Kirchenvorstand weiterzuleiten.

Auch wenn Sie sich mit dem Inhalt nicht einverstanden erklären, müssen Sie die Mitglieder des Presbyteriums voll informieren. Eine Zensur findet in unserem Lande nicht statt.

Die Lage in SWA/Namibia und die politischen Verhältnisse und Zusammenhänge sind so kompliziert, daß Sie unter keinen Umständen einseitig informieren dürfen.

Ich nehme Ihre Weigerung zum Anlaß, auch bei anderen Gemeinden nachzufragen, ob die Kirchenvorstände von ihren Pfarrern ausreichend informiert werden.

Über ein einvernehmliches Vorgehen würde ich mich sehr freuen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Rumpf

Evangelische Gemeinde
Winningen/Mosel

5406 Winningen, den 2.4.85
Ev. Pfarramt Winningen
Fernruf: Winningen (02606) 344

Herrn Prof. Dr. Wolfgang Rumpf
MdB
Bürgerbüro , Kirchberger Str. 5
654 Simmern

Betr.: Ihr Schreiben vom 1.4.85

Sehr geehrter Herr Prof. Dr. Rumpf,

ich bin über Form und Inhalt Ihres Schreibens sehr bestürzt.
Mir ist unklar, wie Sie an mein Schreiben vom 26.3.85 an das Namibia Information Office gekommen sind - ja, ob Sie es überhaupt gelesen haben. Denn eine Antwort auf meine grundlegende Frage, wer hinter dem "Anti SWAPO Schreiben" steckt, geben Sie mir nicht. Es sei denn, ich solle zu der Vermutung angeregt werden, daß es Ihre persönliche Aktivität ist, die sich an dem Schreiben an alle rheinischen Presbyterien ausdrückt.
Dann kann ich nicht verstehen, daß Sie nicht wissen, wie die Kammer der EKD heißt, in der Sie Mitglied sind - und ich kann auch nicht akzeptieren, wie Sie Bundestagsbogen, Kammermitgliedschaft und Inhalt des Briefes zusammenbringen. Wir leben nicht mehr in der Zeit von Thron und Altar, wo öffentliches Amt und kirchliche Tätigkeit so in Überschriften miteinander koordiniert sein dürften.
Natürlich werde ich, nach erfolgter Aufklärung über Hintermänner der Kampagne des sog. Information Office - mit entsprechendem Hinweis auf UN Resolutionen, Erklärungen des Weltkirchenrats und nicht zuletzt der EKD und der Rheinischen Kirche - das , nach meiner persönlichen Meinung, törichte Schreiben des Büros vom 26.3.85 auch in unserem Presbyterium zum Anlaß nehmen, erneut auf die Situation im südlichen Afrika und in Namibia einzugehen. Aber ich werde dies solange nicht tun - ungeachtet Ihrer Meinung, ich müsse das tun - wie mir nicht entsprechende zufriedenstellende Auskunft zuteil geworden ist.

Wenn Sie schreiben, die Lage in SWA/ Namibia sei so kompliziert, daß ich unter keinen Umständen einseitig informieren dürfe, dann muß ich Ihnen antworten: Nach Einschätzung aller kirchlichen und politischen Kräfte außer der südafrikanischen Regierung, die widerechtlich Namibia besetzt hält, und deren Helfershelfern auch in Namibia ist die Lage in Namibia, sind die politischen Verhältnisse und Zusammenhänge gar nicht kompliziert. Die SWAPO ist die einzige völkerrechtlich legitimierte Vertreterin des namibianischen Volkes. Und entsprechend eindeutig sind die kirchlichen Verlautbarungen - besonders von namibianischen Kirchen und Gemeinden, aber auch von Vatikan, Weltkirchenrat, EKD und Rheinischer Kirche.

Ich erkläre noch einmal, daß ich keine Zensur ausübe, wenn ich die Information nicht weiterleite, sondern nur auf Antwort einer Nachfrage bestehe. Ich weiß von vielen anderen Kollegen, die dies Propagandaschreiben unverzüglich dem Papierkorb anvertraut haben. Wenn Sie daraus ein Recht ableiten, in Angelegenheiten von Presbyterien der Gemeinden in der Ev. Kirche im Rheinland hineinzuforschen - indem sie androhen "auch bei anderen Gemeinden nachzufragen, ob die Kirchenvorstände von ihren Pfarrern ausreichend informiert werden", dann mag das für die Gemeinde gelten, in der Sie selber Gemeindemitglied sind - für alle anderen Gemeinden gibt es für Sie da wohl auch nicht die Spur einer Legitimation.

Insgesamt muß ich Ihnen deutlich schreiben, daß ich über Form und Inhalt Ihres Briefes erschrocken, tief betroffen und erheblich verärgert bin.

Ich bringe den Schriftwechsel mit gleicher Post dem Superintendenten im Kirchenkreis Koblenz, der Kirchenleitung der Ev. Kirche im Rheinland und dem Vorsitzenden des Ausschusses der EKD für kirchlichen Entwicklungsdienst zur Kenntnis.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Meffert

Tagung „Bekennende Kirche in Namibia" 8.-10. 2. 85 in Bad Boll

Die Teilnehmer dieser Tagung

- sind entsetzt über das Leiden des namibianischen Volkes im gegenwärtigen Krieg, der von Südafrika ausgeht
- sind voll Hochachtung für die aufrechte Haltung namibianischer Christen im Kampf um ihre Befreiung
- erkennen von neuem mit Scham die Mitschuld der westdeutschen Wirtschaft an der Unterdrückung dieser Menschen
- sind unzufrieden mit der lauwarmen Haltung ihrer Kirchenleitungen gegenüber der bekennenden Kirche in Namibia.

Wir sehnen uns nach einer lebendigen Gemeinschaft mit den leidenden Geschwistern in Namibia und im Exil. Darum versuchen wir auf ihr Leiden mit einer Botschaft des Handelns zu antworten:

Ein Schwerpunkt bundesdeutscher Unterstützung des Rassismus ist die Vergabe von Großkrediten deutscher Banken an den südafrikanischen Staat und an teilstaatliche Firmen in Südafrika und in Namibia.
Deshalb nehmen wir uns vor
- unsre persönlichen Konten nur noch bei Banken zu haben, die sich an solchen Krediten nicht beteiligen und keine Krügerrand-Werbung betreiben
- auf unsre Organisationen und Gemeinden entsprechend einzuwirken.
- Wir fordern die Landeskirchen und die Leitung der EKD auf, * befristete und auf Ergebnisse drängende Gespräche (unter Anwendung der Kriterien des ÖRK) zu führen und ihre Konten bei der Deutschen, Dresdner und der Commerzbank zu kündigen.
- Wir fordern die im kirchlichen Bereich tätigen Kreditinstitute auf, öffentlich und verbindlich zu erklären, daß sie keine Krügerrands anbieten und die für Südafrika aufgelegten Anleihen nicht handeln. Da sie zudem zum Verband der Volks-, Raiffeisen- und Genossenschaftsbanken gehören, sollen sie ihren Einfluß auf die Deutsche Genossenschaftsbank ausüben, damit diese sich auch aus dem Südafrika-Geschäft zurückzieht.

*mit ihren Banken

Oben: Auf einer Namibia-Tagung der Evangelischen Akademie in Bad Boll wurde unbeanstandet obiger Text verteilt, der die Tagungsteilnehmer zum Boykott deutscher Banken aufruft, die Geschäftsverbindungen mit Südafrika unterhalten.

Rechts: Daß evangelische Pfarrer sich mit Sorge gegen die SWAPO-Abhängigkeit vieler ihrer Amtsbrüder wenden, zeigt nebenstehendes Schreiben aus Münster, in der es um eine Namibia-Tagung der Evangelischen Akademie Iserlohn geht.

EVANGELISCHE APOSTEL-KIRCHENGEMEINDE MÜNSTER

Pfarrbezirk Versöhnungskirche

44 Münster, 18. März 1985
Martin-Luther-Straße 36
Telefon 22014

Herrn [geschwärzt]
Herrn [geschwärzt]
Evangelische Akademie
Berliner Platz 12

5860 Iserlohn

Sehr geehrter [geschwärzt]

die Tagung Nr. 14/85 "Zum Beispiel Namibia" in der Ev. Akademie hat bei mir einen schalen Geschmack hinterlassen und läßt mich nach den Prinzipien und Methoden der Akademiearbeit fragen, wie sie an einer Ev. Akademie in der Bundesrepublik Deutschland beobachtet werden sollten. Meine Befürchtungen gegenüber einer einseitigen Tagungsgestaltung, wie ich sie in unserem Telefongespräch zur Vorbereitung der Tagung im Januar d.Js. mit Ihnen, Herr [geschwärzt], geäußert hatte, sind leider noch weit übertroffen worden.

Neben der Tendenz, die bereits in der Formulierung der Einzelthemen deutlich wurde, muß ich zwei gravierende Planungsfehler bei dieser Tagung monieren:

1. Das Übergewicht der persönlich und politisch auf der SWAPO-Haltung festgelegten Referenten Dr. H. Melber, Herr N. Shoombe, Dr. Krüger und Prof. Dr. M. Hinz, denen außer Herrn Prof. Hornhues kein Exponent einer anderen Denkungsart gegenübergestellt war (dessen Referat dann auch noch aus Zeitgründen eingeschränkt war).
2. Die Tatsache, daß Sie sich von den SWAPO-Vertretern haben erpressen lassen, die mit einem ganzen Kader angerückt waren und mit Nichterscheinen drohten, falls ein Vertreter der Vielparteien-Konferenz auf der Tagung erscheinen würde, und Sie sich daraufhin für die Teilnahme des SWAPO-Kaders entschieden haben. Es dürfte Ihnen nicht verborgen geblieben sein, daß über die Teilnehmerliste eine ganze Reihe gut geschulter SWAPO-Leute in die Tagung eingeschleust worden sind. Bitte benutzen Sie nicht die Ausrede, daß der dann wieder ausgeladene Herr J. Konzonguizi aus Termingründen nicht hätte teilnehmen können (mir sind gegenteilige Informationen zugegangen); man hätte in jedem Falle wohl auch einen anderen qualifizierten Vertreter der Vielparteien-Konferenz noch finden können. Ich halte diesen Vorgang für skandalös und für nicht angemessen den Grundsätzen einer christlichen Akademiearbeit in unserem Land, in dem bis jetzt noch Informations- und Meinungsfreiheit herrscht. In der Schlußdiskussion am Samstag-Abend wurde dann ja auch sehr deutlich, daß die SWAPO-Vertreter ganz offen ihre Ideologie über die Bedürfnisse der heute in Namibia lebenden schwarzen Menschen stellen.

- 2 -

Auf diese Weise bekam die gesamte Tagung ein tendenziöses Übergewicht, das eine faire geistige Auseinandersetzung an vielen Punkten behinderte. In persönlichen Gesprächen haben mir mehrere Tagungsteilnehmer bekundet, daß sie diese tendenziöse Gestaltung der Tagung bedrücke und sie keinen Mut hätten, in einer solchen Atmosphäre sich zu Wort zu melden. Ich finde es äußerst bedenklich, wenn in einer Ev. Akademie-Tagung solche Ängste und Frustrationen aufkommen. Auch die vielfach angegriffene Deutsche Evangelisch-Lutherische Kirche von SWA-Namibia hätte eigentlich eine Gelegenheit zur Stellungnahme haben müssen; einige ihrer Vertreter lassen sich in der Bundesrepublik finden. Aber es ist ja leichter, über Abwesende den Stab zu brechen.

Insgesamt möchte ich Ihnen meine tiefe Betroffenheit über die so verlaufene Tagung und ihre sehr einseitige Vorbereitung mitteilen. Ich bitte Sie, diesen Brief nicht als Ausdruck eines "beleidigten" oder abgeschlagenen Diskutanten zu betrachten. Vielmehr möchte ich dazu beitragen, daß unsere Akademiearbeit nicht in parteiliche Indoktrinationsveranstaltungen abgleitet.
Eine Kopie dieses Briefes erhalten einige Teilnehmer der Tagung.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr [Unterschrift]

Martin Kriele

Befreiung und politische Aufklärung

Plädoyer für die Würde des Menschen

Die Kommission für internationale Angelegenheiten des Weltkirchenrates, der den revolutionären „Befreiungskampf" zu seiner Sache macht, warnt dringend vor den „Bemühungen um *religiöse Erweckung und Erneuerung*". Deren Berechtigung wird „zwar anerkannt". Es müsse aber „darauf hingewiesen werden, daß in einigen Teilen der Welt solche religiösen Erweckungsbewegungen manche Tendenzen haben, die zu Spannungen zwischen religiösen Gemeinschaften führen und die sich sehr nachteilig auf die Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Religionsfreiheit auswirken".

Das ist allerdings richtig. Ohne erwecktes religiöses Leben gibt es z. B. keine Spannungen zwischen verschiedenen Richtungen der Theologie der Befreiung und in den sozialistischen Staaten keine Probleme mit der Religionsfreiheit.

Es ist folgerichtig, wenn der Zentralausschuß die Bemühungen der fünf westlichen Mitglieder des UNO-Sicherheitsrates um eine friedliche und demokratische Lösung des *Namibia*-Problems mit üblen Unterstellungen angreift. Denn es muß ihn von dieser geistigen Grundhaltung aus gleichgültig lassen, daß sich die „Befreiungsbewegung" SWAPO in ihrem politischen Programm auf die Durchsetzung des „wissenschaftlichen Sozialismus" als verbindliche Gesinnungsgrundlage für den künftigen Staat Namibia festgelegt hat . Es läßt ihn gleichgültig, daß dieses Programm die „Eliminierung aller abergläubischen Vorstellungen von Natur und Gesellschaft" in Namibia fordert, zu denen von diesem Standpunkt aus bekanntlich die Religionen gehören. Es läßt ihn gleichgültig, daß der Chef der SWAPO, Sam Nujoma, das Statut der SWAPO mißachtet, wonach der Vorstand nach fünf Jahren neu zu wählen ist – obschon das die Folgerung nahelegt, daß er als künftiger Staatschef auch eine demokratische Verfassung mißachten würde. Es läßt ihn gleichgültig, daß Sam Nujoma bereits im Exil politische KZs unterhält, in denen rund 1800 SWAPO-Mitglieder, die sich auf das Statut beriefen und Neuwahlen forderten, seit Jahren an Ketten gelegt sind. Die Komplexität der Situation reduziert sich für sie auf Befreiung vom Rassismus – aber bei der Gelegenheit auf die „Befreiung" von Recht, Sittlichkeit und Religion gleich mit. Der Zentralausschuß ist umfunktioniert. Die Christen in den evangelischen Kirchen an der Basis sehen sich dem fast wehrlos ausgeliefert. Der Weltkirchenrat war schon bisher in der Zwangslage eines politisch Erpreßten: er konnte erstens die Mitwirkung der Mitgliedkirchen aus dem Ostblock nur durch Einseitigkeit und diplomatisches Lavieren bewahren. Er versuchte zweitens durch Unterstützung leninistischer „Befreiungsbewegungen" deren Mäßigung zu erreichen und deren Wohlwollen in der Hoffnung auf späteren Dank zu gewinnen. Das Neue ist, daß doppelte Moral und Unredlichkeit nicht mehr Erscheinungsformen politischen Taktierens, sondern Ausdruck einer neuen Identität sind. Die Sprache verrät es.

Martin Kriele, international angesehener Staatsrechtslehrer in Köln, Mitglied der SPD, wandte sich schon 1980, in einer Veröffentlichung des Herder-Verlages Freiburg/Basel/Wien, dagegen, daß Kreise des Weltkirchenrates den „revolutionären ‚Befreiungskampf' " zu ihrer Sache machen.